„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

JAHRESRÜCKBLICK 2016

Einlage im Alternativen Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 09/2016**



Liebe Leserin, lieber Leser!

2016 ist Halbzeit für die im Mai 2014 gewählte Stadtverordnetenversammlung

Getreu ihrem Grundsatz „Ein Potsdam für alle“ setzt sich die Linksfraktion dafür ein, dass die insgesamt erfolgreiche Entwicklung der Stadt allen Potsdamerinnen und Potsdamern zugute kommt.
Das widerspiegelt sich jetzt auch in dem im September beschlossenen Leitbild der Stadt, das mit dem Kapitel „Eine Stadt für alle“! beginnt und unter anderem auch das Ziel eines sozialen Ausgleichs in der Stadt formuliert. Mit diesem Selbstverständnis bieten wir der Rathauskooperation Paroli und nehmen als starke Opposition Einfluss auf solche wichtigen Bereiche wie den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kitas, eine soziale Wohnungspolitik und gut funktionierende Verkehrsbedingungen.
In diesem Jahr hat es heftige Diskussionen und grundsätzliche Entscheidungen zur Potsdamer Mitte gegeben. Die Linksfraktion setzte sich konsequent dafür ein, dass die Entscheidungen zum Hotel Mercure, zur Fachhochschule und zum Staudenhof nicht über die Köpfe der Potsdamerinnen und Potsdamer hinweg getroffen werden, sondern die Interessen möglichst vieler widerspiegeln. In einem ständigen Auf und Ab konnten wir einiges erreichen, so den Abschied von den Abrissplänen für das Mercure, die Sicherung des städtischen Wohnungsbestandes im historischen Stadtzentrum sowie die ausdrückliche Befürwortung und Unterstützung genossenschaftlichen und studentischen Wohnens.
Auch in diesem Jahr haben wir nach jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit unserem politischen Frühschoppen „Rathausreport live“ über unsere Tätigkeit informiert und uns der Diskussion mit den Potsdamern in den verschiedenen Stadtteilen gestellt.
In unserer monatlichen Ausgabe des Rathausreports erhalten Sie einen Überblick über die Ergebnisse der Plenarsitzungen der Stadtverordnetenversammlung.
Mit unseren regelmäßigen Infoständen und Sprechstunden suchen wir den direkten Kontakt mit den Bürgern vor Ort. Wir sind für Sie da!
In der aktuellen Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE bisher 160 Anträge eingebracht.
66 wurden beschlossen , 30 abgelehnt.
Allein in diesem Jahr haben wir 66 Anträge eingebracht, von denen bisher 32 angenommen und 12 abgelehnt worden sind. Der Rest ist noch in Bearbeitung.
Dazu kommen 147 mündliche Anfragen und 104 Kleine Anfragen.
Damit sind wir nach wie vor die aktivste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unsere Fraktion



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Dr. Sigrid Müller



Michél Berlin



Kati Biesecke

Unsere Fraktion



Gesine Dannenberg



Ralf Jäkel



Matthias Lack



Peter Kaminski



Sascha Krämer

Wofür haben wir uns in diesem Jahr eingesetzt und was konnten wir mit unseren Aktivitäten erreichen?

Januar

Sicherung der Spendenmittel für den Bau eines Tierheims

Neun Jahre nach der Schließung des Tierheims in Potsdam konnte der Tierschutzverein endlich das Areal auf dem SaGo-Gelände für einen Neubau erwerben. Dafür ist der TSV dringend auf die 131.392,75 Euro Spendenmittel angewiesen, die die Stadt in Verwahrung genommen hatte. Die Verwaltung tat sich schwer. Erst mit einem Antrag der LINKEN wurde beschlossen, das Geld für den Neubau zu reservieren. Dieser Antrag stand am Ende vieler unserer Aktivitäten für ein eigenes Potsdamer Tierheim.

Wiedereröffnung der Abfahrt Zentrum Ost

Nur über die Presse erfuhren die Bewohner vom Zentrum Ost von der Schließung der Zufahrt von der Nuthestraße. Es gab viele Proteste und die Forderung nach einer Prüfung der Vor-und Nachteile sowie einer Einwohnerversammlung stand im Raum. Es sollte ein mit den Bürgern abgestimmtes Verkehrskonzept entstehen. Das wurde auf Antrag der LINKEN so beschlossen. Inzwischen hat die Verwaltung vorgelegt, wie sie mit der einhelligen Forderung der etwa 100 Teilnehmer der Versammlung im April 2016 nach Wiederöffnung der Abfahrt umzugehen gedenkt. Kurz: alle Gründe, sowohl finanzielle, verkehrstechnische als auch rechtliche, wurden zusammengetragen, um die Unmöglichkeit der Öffnung der Zufahrt zu begründen. DIE LINKE nimmt das so nicht hin und wird weiter für die Realisierung der Forderungen und die Durchführung einer zweiten Einwohnerversammlung einstehen.

Bürgerbefragung zum Mercure

Durch eine Änderung der Sanierungsziele für den neuen Lustgarten sollte auf der Fläche des Hotels Mercure eine „Wiese des Volkes" entstehen. Nicht zum ersten Mal forderte DIE LINKE, erst einmal die Bürger zu dem geplanten Hotelabriss zu befragen. Weiter, so der Antrag, sollte der Oberbürgermeister die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels prüfen. Der Erwerb wäre erste Voraussetzung für einen Abriss. Das wurde in namentlicher Abstimmung von der Rathauskooperation abgelehnt, obwohl innerhalb weniger Tage bereits etwa 4.000 Unterschriften für eine solche Befragung vorlagen.

Im September erklärte der Oberbürgermeister und mit ihm wieder die Rathauskooperation das im Juli mit 17017 Unterschriften erfolgreich beendete Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf der Potsdamer Mitte für rechtlich unzulässig, erneut gegen den Widerspruch der LINKEN.

Leitbautenkonzept Potsdamer Mitte

In Änderung einer Vorlage des Oberbürgermeisters zum Leitbautenkonzept im September 2016 ist es uns gelungen, möglichst viele inhaltliche Anliegen des Bürgerbegehrens festzuschreiben, unabhängig vom Ausgang der beantragten gerichtlichen Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit:

- Alle Anstrengungen zum Erwerb des Mercure werden eingestellt.
- Das Grundstück am Staudenhof bleibt dauerhaft im Eigentum der Pro Potsdam. Mit einem Neubau an der Stelle des Hauses Am Alten Markt 10 muss mindestens die gleiche Wohnungskapazität entstehen, die wirtschaftliche Realisierbarkeit und der wirtschaftliche Vorteil gegenüber der Sanierung des Bestandsgebäudes nachgewiesen werden.
- Einer der beiden auf dem jetzigen Fachhochschulgrundstück entstehenden Blöcke bleibt den Wohnungsbaugenossenschaften vorbehalten, um so preiswertes Wohnen im historischen Stadtzentrum zu ermöglichen. Die beauftragte Prüfung hat gezeigt, dass eine Grundstücksvergabe über Erbbaurechte doch möglich ist.

März

Uferweg Speicherstadt

Der Bau des Uferweges in der Speicherstadt wurde von der Verwaltung nur in zweiter Priorität für den Stadt-Umland-Wettbewerb eingereicht. Das widersprach der Festlegung der Stadtverordnetenversammlung vom Mai 2013, nach dem die erforderlichen Mittel auf Antrag der LINKEN im Haushalt 2015/2016 einzuplanen waren. Im November 2014 erklärte die Verwaltung zu einem weiteren LINKEN-Antrag, dass die nicht quantifizierbare Summe so nicht in den Haushalt aufgenommen werden könne. Dieser Antrag wurde von den anderen Fraktionen als erledigt erklärt, weil sich die Verwaltung ja kümmere. Der Ursprungsantrag zum Uferweg vom März wurde wegen fehlender Dringlichkeit abgelehnt. Die Haushaltsdiskussionen 2017 habe noch Zeit, so die Begründung.

Im September hat DIE LINKE den Uferweg erneut aufgerufen, weil der Bau des Weges zwar längst beschlossen, die Finanzierung aber weiter ungeklärt ist. Daher wurde nun eine Feinplanung eingefordert, um die Mindestkosten für den Uferwegbau zu ermitteln und so den Zugang zu Fördermitteln vom Land zu erleichtern. Das hat die Förderung wegen der zu hoch angegebenen Kosten bisher abgelehnt.

Modellversuch Zeppelinstraße

Die Rathauskooperation hatte beschlossen, einen Modellversuch zur Einengung der Zeppelinstraße zwischen Kastanienallee und Ge-

schwister-Scholl-Straße im Frühjahr/Sommer 2016 durchzuführen. Der Versuch kann aber frühestens 2017 starten. Eine von der LINKEN beantragte Aufhebung des Beschlusses lehnte die Rathauskooperation dennoch ab.
Im Sommer war von der Verwaltung für die am dichtesten befahrenen Abschnitte der Zeppelinstraße Tempo 30 verfügt worden, um die Schadstoffbelastung zu reduzieren. Die Wirksamkeit ist bisher nicht nachgewiesen. Daher, so ein Antrag der LINKEN im September 2016 , soll diese als dreimonatige Testphase deklariert und genutzt werden, um alle Parameter wie Verkehrsfluss, Schadstoffimmission, Verkehrsverdrängung in angrenzende Straßen, Leistungsfähigkeit des ÖPNV zusammenzutragen, auszuwerten und so die Wirksamkeit der Temporeduzierung einschätzen zu können.
Nach vielen Diskussionen erklärte die Verwaltung, dass eine Evaluation ohnehin vorgesehen und der Antrag damit erledigt sei.

Bau einer Skaterhalle

Obwohl Mitglieder der Rollsportvereins in allen Fraktionen für das Anliegen geworben haben, wurde der Prüf-Antrag der LINKEN zum Bau einer Skaterhalle abgelehnt. Die Rollsportszene in Potsdam sollte damit endlich wieder eine witterungsunabhängige und ganzjährig nutzbare Sportstätte bekommen. Es gäbe keine Möglichkeit, in absehbarer Zeit mit städtischen Mittel eine solche Halle zu bauen, so der Oberbürgermeister. In Potsdam wurden nach und nach fast alle entsprechenden Anlagen geschlossen, 2008 die Halle in der Kurfürstenstraße.
Einen neuen Vorstoß in Sachen Skaterhalle startete DIE LINKE im April 2016. Sie erteilte dem Oberbürgermeister den Auftrag, mit dem Eigentümer der RAW-Halle über die Möglichkeiten der Integration einer Skateranlage neben anderen Nutzungsformen zu sprechen. Die RAW-Halle muss sowieso saniert werden. Gespräche zur künftigen Nutzung der Halle sind noch nicht abgeschlossen. Ein Ergebnis hinsichtlich einer sportlichen Nutzung liegt noch nicht vor.

April

Sanierung Neuendorfer Straße unter Berücksichtigung der Anlieger-Interessen

Der dritte Sanierungsabschnitt in der Neuendorfer Straße sollte noch im III.Quartal begonnen werden. Dazu wollte der Oberbürgermeister einen zügigen Beschluss der Stadtverordneten herbeiführen. Dieser beitragspflichtigen Maßnahme hatten aber viele Anlieger widersprochen. Ihre Wünsche und Forderungen aufgreifend, erwirkte DIE LINKE wesentliche Änderungen der Beschlussvorlage der Verwaltung:
- Den Anliegern ist bei der Erhebung der Ausbaubeiträge entgegenzukommen.
- Vergleichbare Kosten wie in den ersten beiden Bauabschnitten.
- Die Veranlagung des Garagengrundstücks zu prüfen.
- Die Anlage eines Radweges unabhängig von der Fahrbahn auf beiden Straßenseiten.

Auch eine Informationsveranstaltung für die Anlieger setzten wir durch.

Verstetigung Stadtteilförderung Schlaatz

Die gute Entwicklung am Schlaatz, nicht zuletzt durch die finanzielle Förderung durch das Bund-Länder-Programm 2007 bis 2017 soll fortgeführt werden, wozu es der Kofinanzierung der Stadt bedarf. Nur so kann Begonnenes zu einem guten Ende gebracht werden. Das ist wichtig gerade für ein Wohngebiet mit vielen Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Migranten und entsprechende soziale Angebote.
Der Antrag der LINKEN zur weiteren Kofinanzierung wurde beschlossen.

Arbeit des Integrationsgartens am Schlaatz

Der Integrationsgarten am Schlaatz ist als Heimstatt vor allem für Migranten, die in Potsdam leben, nicht mehr wegzudenken. Die hervorragende pädagogische Betreuung des Projektes erfolgt über befristete Personal- und Projektförderung. DIE LINKE forderte deshalb in einem Antrag eine Grundfinanzierung des schon mit mehreren Preisen ausgezeichneten Projektes. Bisher gibt es eine Finanzierung für 2017. Für die Grundfinanzierung müssen wir die bestehenden Widerstände noch brechen, werden an der Forderung festhalten.

Mai

Gebühren und Leerungsrhythmus für die Biotonne

Die Einführung der Biotonne brachte nicht nur eine Erhöhung der Abfallgebühren sondern auch heftige Proteste von Potsdamern mit sich. Mit sehr viel Hartnäckigkeit und guten fachlichen Argumenten ist es doch noch gelungen, sowohl die Gebühren zu senken, sogar rückwirkend zum 1.1.2016, als auch die Möglichkeit der Leerung der Biotonne alle 14 Tage durchzusetzen, wogegen sich die Verwaltung zunächst vehement gesträubt hat.

Abfallkalender für die Stadt

Anliegen vieler Bürger war es, jährlich einen gedruckten Abfallkalender zu bekommen. Der Verweis auf das Internet reichte vielen wegen der Unübersichtlichkeit nicht. Ihr Anliegen haben wir in einem Antrag formuliert und so das jährliche Erscheinen eines gedruckten Abfallkalenders erreicht.

Juni

Keine Einwohnerversammlung am Alten Markt

Trotz einer Unterschriftensammlung von Anwohnern und eines entsprechenden Einwohner-Antrags an die SVV zur Einberufung einer Anwohnerversammlung vor Beschluss des Leitbautenkonzepts wurde das Konzept von der Rathauskooperation beschlossen. Auch die Einberufung einer Anwohnerversammlung

Unsere Fraktion



Birgit Müller



André Noack



Dr. Karin Schröter



Jana Schulze



Stefan Wollenberg

nach Beschluss des Leitbautenkonzepts lehnte der Oberbürgermeister aus „rechtlichen" Gründen ab. Die Gestaltung der Potsdamer Mitte beträfe schließlich alle Bürger, nicht nur die Am Alten Markt wohnenden. Somit würden die vorliegenden Unterschriften nicht ausreichen. Aus Sicht der LINKEN ist dieses Verhalten ein erneuter Affront gegen Bürgerbeteiligung.

Rechenzentrum als Kreativzentrum erhalten

Die Nutzung des Rechenzentrums durch Kreative ist eine Erfolgsgeschichte. Die Geschichte droht wegen der Befristung der Verträge nach 2018 zu enden. Eine Lösung zur Verlängerung der Nutzungsdauer ist deshalb erforderlich. Die notwendigen Gespräche haben aufgrund eines Antrags der LINKEN inzwischen begonnen.

Radverkehrsführung am Landtag

Alle Versuche, die für Fußgänger und Radfahrer unübersichtliche und gefährliche Verkehrssituation in der Landtagskurve zu entschärfen, hatten bisher zu keinen deutlichen Ergebnissen geführt. Die erneute Beauftragung der Verwaltung, das Konfliktpotenzial zu minimieren, brachte erstmals eine wirkliche Analyse der Situation. Nötige Maßnahmen wurden benannt, die nun „nur noch" umgesetzt werden müssen.

Juli

Freie Fahrt für Kita-Kinder

Kinder ab 6 Jahren müssen in Bussen und Bahnen bezahlen, auch wenn sie einen Ausflug mit ihrer Kita-Gruppe unternehmen. Das bedeutet für Eltern und Erzieherinnen einen großen organisatorischen Aufwand. Ab dem neuen Kita-Jahr sollte sich das ändern. Bis zum Schuleintritt dürfen die Sechsjährigen bei Gruppenausflügen nun kostenlos fahren. Die Kitas wurden entsprechend informiert.

Parköffnung am Pfingstberg

Die unangekündigte Einzäunung der Parkanlagen am Pfingstberg 2015 führte zu energischen Protesten der Anwohnenden. Gleichzeitig wurde über die Presse mitgeteilt, dass der Park der Villen Henckel und Schlieffen auch nach der Wiederherstellung der Gartenanlagen nicht mehr öffentlich genutzt werden soll, obwohl es für das Areal einen gültigen B-Plan gibt, der die öffentliche Nutzung vorgibt. Seitdem kämpfen die Anrainer, begleitet von immer neuen Vorstößen der LINKEN, für eine schnelle Wiedereröffnung. Das kann nur über einen Kompromiss mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, dem Nießbrauchnehmer und der Stadt erreicht werden. Der Oberbürgermeister sollte im November einen Zeitplan für die schrittweise Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit vorlegen. Jetzt wurde mitgeteilt, dass der Zeitplan nicht vor März 2017 fertig ist.

Nachbarschafts-und Begegnungshaus Potsdam West

Seit Jahren streitet DIE LINKE für ein Bürgerhaus in Potsdam-West. Die Notwendigkeit wurde lange Zeit von der Verwaltung bestritten. In diesem Stadtteil sind ehrenamtliche Initiativen förmlich aus dem Boden geschossen, die ein Dach über dem Kopf brauchen. Auch die vom Verfall bedrohte ehemalige Gaststätte „Charlottenhof" hatten wir als möglichen Standort ins Gespräch gebracht. Nun liegt die Zustimmung des Eigentümers vor, es gibt erste Sponsorenleistungen und viel bürgerschaftliches Engagement. Es war an der Zeit, den erreichten Stand, bestehende Probleme und die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens zu analysieren, um mit Unterstützung der Stadt, vor Ort maßgeblich getragen vom Stadtteilnetzwerk, Perspektiven für die öffentliche Nutzung des Gebäudes für den Stadtteil aufzuzeigen. So lautete der formulierte Vorschlag. So verbindlich sollte es denn doch nicht sein, meinte die Rathauskooperation. Heraus kam ein Bekenntnis zur Unterstützung des Vorhabens „Scholle 34" als öffentlich genutztes Nachbarschafts- und Begegnungshaus mit Familienzentrum.

September

Für bessere Kita-Betreuung jetzt!

Potsdamer Eltern waren es leid, mit ihren Forderungen nach einer besseren Betreuung der Kita-Kinder immer wieder auf die Landeszuständigkeit verwiesen zu werden. 8.000 Unterzeichner der Online-Petition von der Elterninitiative „Für eine bessere Kita-Betreuung in Potsdam JETZT!" forderten mehr Personal und eine Mitverantwortung der Stadt ein. Den Kostennachweis für die Umsetzung des vom Kita-Gesetz vorgegebenen Personalschlüssels zu jeder Zeit und in jeder Gruppe vorzulegen, war ein Auftrag, den DIE LINKE vorgeschlagen hatte. Er wurde von allen Fraktionen mitgetragen und einstimmig beschlossen.

Auch der Konstituierung eines Elternbeirates für Potsdamer Kitas wurde so zugestimmt.

Jetzt befasst sich eine Arbeitsgruppe mit den Möglichkeiten der Stadt zur Verbesserung der Personalausstattung in den Kitas.

Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Die Schaffung der im Wohnungspolitischen Konzept vorgesehenen Wohnungstauschzentrale für ganz Potsdam beantragte DIE LINKE. Unter Federführung der Stadt sollen alle Wohnungsunternehmen eine zentrale Anlaufstelle für tauschwillige Mieter schaffen. Das erleichtert die Suche nach passendem Wohnraum auf dem angespannten Potsdamer Wohnungsmarkt. Das Konzept legt die Verwaltung im März 2017 vor.

Lärmschutz - 60 km/h auf der Nuthestraße

Alle Bemühungen um Lärmschutz für die Anwohner der Nuthestraße waren fehlgeschlagen, der Lärm blieb. Daher brachte DIE LINKE den Vorschlag ein, die Geschwindigkeit auf dem Abschnitt des Wohngebietes Am Stern in den Nachtstunden auf 60 km/h zu begrenzen. Somit hätten die Anwohnenden wenigstens ihre Nachtruhe.

November

Gesundes Frühstück an allen Potsdamer Grundschulen

Auch in Potsdam kommen Kinder morgens mit leeren Mägen in die Schule. Diese traurige Realität muss der Vergangenheit angehören! Gemeinsam mit der AWO, die mit der „Spirellibande" an sieben Potsdamer Schulen dafür sorgt, dass Schüler eben nicht ohne Frühstück in den Unterricht gehen müssen, hat DIE LINKE einen Antrag auf den Weg gebracht, um ab dem kommenden Schuljahr an staatlichen Grundschulen ein gesundes, kostenloses Frühstück anzubieten. Das soll in Kooperation mit Sozial- und Bildungsministerium unter Einbeziehung der Schulen und der Eltern gelingen. Die Zahl der bedürftigen Kinder ist inzwischen so gestiegen, dass ihre Frühstücksversorgung nicht länger über Spenden und ehrenamtlich Tätige geschultert werden kann. Im März 2017 werden wir genauer wissen, wie dieses Anliegen umgesetzt werden kann und welche Bedingungen es dazu braucht. Der Beschluss in der SVV wurde fast einstimmig gefasst.

Rücknahme von Fahrpreiserhöhungen

Mit dem Fahrplanwechsel 2016/2017 wird es wieder Fahrpreiserhöhungen geben, so hat es der VBB beschlossen. Das Geld wird für Investitionen in das Streckennetz, in Busse und Bahnen und für die Verbesserung der ÖPNV-Angebote gebraucht. Das ist nachvollziehbar. Die Reduzierung der Kurzstrecke von 6 auf 4 Stationen ist jedoch inakzeptabel. Über eine Rücknahme kann die Stadt ohne Zustimmung des VBB selbst entscheiden. Leider fanden wir mit diesem Anliegen keine Mehrheit bei den Stadtverordneten.

Touristeninformation am Hauptbahnhof muss bleiben

Über die Zeitung war bekannt geworden, dass die gut besuchte und verkehrsgünstig gelegene Touristeninformation am Hauptbahnhof geschlossen werden soll. Dass sie geöffnet bleibt, haben wir mit einem Antrag angemahnt. 2017 ist ihre Existenz sicher, für die Jahre danach soll das Tourismuskonzept der Stadt eine Lösung aufzeigen. Wie die aussieht, erfahren wir im Januar 2017.

Dezember

Die Themen erfahren Sie in der aktuellen Ausgabe des Rathausreport Nummer 09/2016